



Berlin, 07. Januar 2008

GdP zu Gewalttaten in U-Bahnhöfen

Verkehrsbetriebe müssen wieder mehr Aufsichtspersonal einsetzen

Die Häufung von Gewalttaten in Bussen und Bahnen führt die Gewerkschaft der Polizei (GdP) auch auf die drastischen Personalkürzungen der Nahverkehrsbetriebe zurück.

Konrad Freiberg, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei: „Es gibt so gut wie kein Aufsichtspersonal mehr. Für die Bürger werden Bus-, U- und S-Bahnfahrten vor allem in den Abend- und Nachtstunden immer mehr zu einem Albtraum. Dass die Video-Überwachung, die die Schaffner und Stationsleiter abgelöst hat, nicht davor schützt, brutal zusammengeschlagen zu werden, haben die jüngsten Vorkommnisse gezeigt.“

Es sei unverständlich, so Freiberg, dass die Verkehrsbetriebe es zwar schaffen, Heerscharen von Fahrkartenkontrolleuren vornehmlich zu Berufsverkehrszeiten durch die Wagen und Waggonen zu schicken, aber niemanden, der die Einhaltung der Hausordnung kontrolliert und auf den Schutz der Fahrgäste achtet. Freiberg: „Hier müssen die Verkehrsbetriebe mehr in die Pflicht genommen werden. Die Fahrgäste bezahlen nicht nur für die Beförderung, sondern auch für eine sichere Beförderung.“

Die mangelnde Präsenz von Autoritätspersonen ist nach Einschätzung der Gewerkschaft der Polizei ein Grund, warum sich Menschen im öffentlichen Raum und in öffentlichen Einrichtungen immer unsicherer fühlen und zunehmend gefährdet sind.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190